

## **Erklärung und Aufruf zur Diskussion von ver.di - Mitgliedern bei Vivantes**

### **1. Vivantes ist ein Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss es bleiben**

**Als Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge ist es die Aufgabe von Vivantes, allen Bürgern und Bürgerinnen das Recht auf Zugang zur qualifizierten Gesundheitsversorgung zu garantieren. Vivantes dient weder der Renditeerzielung noch der Haushaltssanierung des Landes Berlin.**

Öffentliche Daseinsvorsorge ist unvereinbar mit Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgründungen. Eine ausreichende Finanzierung der Investitionen muss aus dem öffentlichen Haushalt erfolgen. Jede Form privater Kapitalbeteiligung an Planung, Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturen und Leistungen der öffentlichen Hand durch die Einführung von ÖPP (Öffentliche Private Partnerschaft, „public-private-partnership“) ist unvereinbar mit der Öffentlichen Daseinsvorsorge.

**Aktuell heißt das: Wir fordern den Senat auf, ausreichende Investitionsmittel für Vivantes zur Verfügung zu stellen, so dass die Investitionen nicht länger aus dem Personalbudget zu Lasten des Personals „erwirtschaftet werden müssen“.** Vivantes hat einen normalen jährlichen Investitionsbedarf von ca. 80 Millionen. Der Senat stellt zukünftig pauschal nur 11 Millionen pro Jahr zur Verfügung. Etwa 35 – 40 Millionen will die Geschäftsführung aus dem Personalbudget „erwirtschaften“. Diese ca. 50 Millionen Euro reichen bei weitem nicht, um notwendige Investitionen zu tätigen. Der bereits vorhandene Investitionsstau wächst damit weiter an und führt zu einem erheblichen Anstieg der Instandhaltungskosten, die natürlich wieder aus dem Personalbudget herausgenommen werden müssen. Eine Schraube ohne Ende. **Wir brauchen eine Investitionsplanung, die diesen Namen verdient und einen handlungsfähigen Betrieb ermöglicht.**

### **2. Für uns als GewerkschafterInnen tragen, unabhängig von der aktuellen Rechtsform, der Senat und die ihn tragenden Parteien im Abgeordnetenhaus allein die politische Verantwortung für Vivantes - einem Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge.**

Die Rechtsform des öffentlichen Unternehmens wurde durch das Abgeordnetenhaus bestimmt. Geschäftsführung und Aufsichtsrat handeln im Namen des Landes Berlin. Der Senat und das Abgeordnetenhaus bestimmen die Form ihrer Einflussnahme und die Struktur des Betriebes, sowie die Kontrolle und die finanzielle Ausstattung des Unternehmens. **Aktuell heißt das, der Senat ist politisch verantwortlich für die Entscheidung zur Gründung der GmbH Therapeutische Dienste wie auch für Überleitungen von Personal in entsprechende Tochterunternehmen.**

**Wir fordern den Senat auf, die bei Vivantes gegründete Tochter Therapeutische Dienste wieder aufzulösen und zurückzuführen! Die schon eingestellten Therapeutinnen erhalten einen normalen Arbeitsvertrag nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes! Es werden keine weiteren Überleitungen von Beschäftigten in die Service GmbH stattfinden!**

### **3. Wir bekennen uns zum Prinzip, dass Gewerkschaften die Solidarität aller Beschäftigengruppen organisieren. Ziel ist der Grundsatz: „Ein Betrieb - ein Tarifvertrag“ im Sinne von Flächentarifverträgen, die den Wettbewerb innerhalb einer Branche über Löhne und Arbeitsbedingungen ausschließen.**

**Vivantes ist für uns EIN Betrieb. Er umfasst die Muttergesellschaft und sämtliche Töchter.** Kein Bereich von Vivantes kann ohne den anderen Bereich leben. Vivantes umfasst sämtliche Häuser und Gesellschaften. Wir setzen uns das Ziel, in sämtlichen Töchtern und Häusern einen Vertrauensleutkörper mit einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Struktur aufzubauen, um einheitliches Handeln zu ermöglichen. Dafür brauchen wir einen Aktionsplan von ver.di für den gesamten Betrieb. Entsprechend müssen wir die Arbeit der Tarifkommissionen entwickeln.

**Wir schlagen innerhalb einer Konferenz aller ver.di-Mitglieder die Herausbildung eines Gesamtvertrauensleutkörpers und einer Gesamttarifkommission vor!**

**4. Vivantes braucht einen Tarifvertrag, der die Muttergesellschaft und sämtliche Töchter umfasst. Dieser eine Tarifvertrag kann nur der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes sein.**

In der Vergangenheit wurde immer wieder von der Geschäftsleitung, aber auch von Vertretern des Senats und Vertretern des Abgeordnetenhauses davon gesprochen, dass die Löhne des TVöD nicht „marktkonform“ seien. „Marktkonforme Löhne“? - das bedeutet die Anpassung der Löhne und Gehälter im Klinikbereich an bewusst organisierte Niedriglohnsektoren des freien Marktes. In der Muttergesellschaft gilt der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) weiterhin. In den vielen Tochtergesellschaften jedoch haben wir die unterschiedlichsten Bedingungen: Tarifverträge mit der IG Bau, der NGG und einige tarifvertragsfreie Zonen. Insbesondere in letztgenannten herrschen willkürliche Entgelt – Tabellen. Die Arbeitsbedingungen werden durch einseitige „Zugeständnisse“ des Arbeitgebers diktiert. Langfristig wird über die Schaffung eines solchen Niedriglohnsektors bei den Töchtern auch der TVöD in der Muttergesellschaft bedroht.

**Die Unternehmensleitung versucht uns mit dem Angebot eines Konzerntarifvertrages aus dem TVöD zu locken. Dem widersprechen wir.**

**Aktuell fordern wir:** Die Aufnahme von verantwortlichen Verhandlungen für einen TVöD für den Gesamtbetrieb Vivantes zur Überführung sämtlicher Töchter in den TVöD. Wir wissen, dass das nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann, aber wir müssen gemeinsam die Schritte für eine Überleitung entwickeln und den Kampf dafür organisieren.

Die Verteidigung des TVöD und die Reintegration sämtlicher Töchter in den TVöD kann nur das Werk aller Beschäftigten sein.

Darin sehen wir die zentrale Aufgabe aller ver.di Mitglieder.

**Wir erwarten, dass über unsere Position sowohl in allen Betriebsgruppen als auch im Fachbereich 3 und bei ver.di Berlin diskutiert wird und damit die Diskussion für ein gemeinsames Aktionsprogramm zum Ausbau von ver.di – Vivantes und für einen TVöD für ALLE intensiviert wird.**

Unterzeichnet von mehr als 100 ver.di Mitgliedern bei Vivantes